

I. Milchmarkt - Gemeinsame Marktordnung

1. Welche Möglichkeiten sieht Ihre Partei, den EU-Milchmarkt wieder in ein Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage zu bringen und damit zur umgehenden Behebung der Milchmarktkrise beizutragen?
2. Der BDM e. V. hat mit dem Milchmarkt-Krisenmanagement-Konzept einen Vorschlag zur Verhinderung dieser sich regelmäßig wiederholenden, massiven Milchmarktkrisen vorgelegt. Dieser wird auf europäischer Ebene vom European Milk Board mitgetragen und eingefordert. Darin werden bestehende Instrumente des EU-Sicherheitsnetzes mit Instrumenten, die in der Lage wären, zeitlich befristet auf die EU-Milchmengenentwicklung Einfluss zu nehmen, kombiniert. Wie steht Ihre Partei im Fall schwerer Marktkrisen zu Überlegungen, die Angebotsmenge mit zeitlich befristeten Marktmaßnahmen an die reale Nachfrage anzupassen?

Angebot und Nachfrage regeln den Preis, das gilt auch am Milchmarkt. Steigt der Preis für Milchprodukte, geht die Nachfrage zurück. Ein hoher Milchpreis fördert die Milchproduktion und Übermengen drücken dann auf den Markt. Auf der Nachfrageseite wirken hohe Produktpreise absatzdämpfend und verschlechtern die internationale Wettbewerbsposition. Niedrigere Milchpreise können zum "Bauernsterben" führen, also dem Ausstieg einzelner Erzeuger aus der Milchproduktion. Für Rheinland-Pfalz hat die Milchviehhaltung im Hinblick auf die Erhaltung einer flächendeckenden Landwirtschaft in den Höhegebieten und die Erhaltung des wertvollen Dauergrünlandes eine entscheidende Bedeutung. Die Vielfalt und Schönheit der Mittelgebirgsregionen mit ihrer großen Bedeutung für den Tourismus, die ökologisch und für die Bewältigung der Klimawandelfolgen bedeutsamen Grünlandflächen sind unmittelbar von der Rindviehhaltung - überwiegend in Form der Milchviehhaltung - abhängig. Deshalb sind wichtige Fördermaßnahmen wie die einzelbetriebliche Investitionsförderung, die ländliche Bodenordnung und die Ausgleichszulage in finanziell gut ausgestattetem Maße wichtig, um die Betriebe in ihrer Wettbewerbsfähigkeit zu stärken.

Marktverwerfungen aufgrund von Missverhältnissen zwischen Angebot und Nachfrage, wie es derzeit stattfindet hat es auch zu Zeiten der Mengenregulierung immer wieder gegeben. Wir lehnen jegliche Maßnahmen ab, die Betriebe in ihrer unternehmerischen Freiheit begrenzen.

3. Die EU-Kommission geht laut einer kürzlich veröffentlichten Verlautbarung von einem möglichen Milchpreisniveau zwischen 32 und 34 Cent bis 2020 aus. Erst danach könnte sich ein Milcherzeugerpreis von über 35 Cent je Kilogramm

einstellen. Sieht Ihre Partei ein solches Milchpreisniveau für realistisch und ausreichend an, die Milchviehhaltung in unserem Bundesland zu halten?

4. Laut den Ergebnissen der Sektoruntersuchung Milch des Bundeskartellamts besteht ein markantes Marktmachtgefälle zu Ungunsten der Milchviehhalter, besonders im genossenschaftlichen Bereich. Gibt es in Ihrer Partei Überlegungen, wie diesem untragbaren Zustand abgeholfen werden kann?

Das von ihnen dargestellte Milchpreisniveau ist nicht ausreichend um Milch zu produzieren. Ziel muss es, das Landwirte und Landwirtinnen mit ihren Familien von ihrer Arbeit leben können und das die Betriebe gerne an die nächste Generation übergeben werden können. In Deutschland gibt es genossenschaftliche und Private Molkereien, keine Einheitsmolkerei. Die Molkereien stellen unterschiedliche Produkte mit unterschiedlichen Rentabilitäten her. Dies definiert die Auszahlungsleistung jeder einzelnen Molkerei. Viele Milcherzeuger verkaufen gemeinsam. Sie schließen sich in Milcherzeugergemeinschaften (MEGs) zusammen und verhandeln gemeinsam. Der Preis steigt jedoch dadurch nicht, es wird lediglich vereinfacht verhandelt. Auch die verhandelnden Molkereien können nur das auszahlen, was sie an Erlösen für die Milchprodukte am Markt erzielen können. Innerhalb der FDP Rheinland Pfalz gibt es zahlreiche Überlegungen dazu wie man die rund 19000 Land- und weinwirtschaftlichen Betriebe als Kern einer leistungs- und wettbewerbsfähigen, flächendeckenden, innovativen, verbraucherorientierten und nachhaltigen Landwirtschaft erhalten kann. Diese können sie auch in unserem Wahlprogramm zur Landtagswahl 2016 unter www.fdp-rlp.de nachlesen. Im Folgenden einige Stichpunkte dazu:

Verstärkte Exportförderungsaktivitäten bieten neue Entwicklungsperspektiven, die offensiv genutzt und mit geeigneten Maßnahmen begleitet werden müssen. Dazu gehört insbesondere die stärkere Nutzung der Außenwirtschafts- und Messförderung.

Der Unternehmensnachfolge kommt in Landwirtschaft und Weinbau mindestens die gleich große Bedeutung zu wie in der gewerblichen Wirtschaft! Landwirtschaft und Weinbau müssen von der Reform der Erbschaftssteuer ausgenommen werden. Auch die Reform der Grundsteuer darf zu keine Mehrbelastungen für Landwirtschaft und Weinbau führen. Um der jungen Generation Gelegenheit zu geben, möglichst früh Verantwortung als Betriebsleiter zu übernehmen, ist die Regelung beizubehalten, dass die ältere Generation, wenn sie Rente beansprucht, den Hof übergeben muss. Es gilt, in kreativer Weise neue Produkte und Produktionsverfahren, vom Agrotourismus bis zu zukunftssträchtigen erneuerbaren Energieprojekten zur Praxisreife zu entwickeln und in den Unternehmen umzusetzen. Aus-, Fort- und Weiterbildung hat oberste Priorität.

Einheitliche Wettbewerbsbedingungen in Europa sichern - Bürokratie ab- statt aufbauen (z.B. wettbewerbsverzerrende Steuern bei Agrardiesel), die über das EU-Recht hinausgehenden hohen Anforderungen im Umweltschutz, in der Tierhaltung und in der Produktionstechnik).

An den Verbrauchern und den Märkten orientieren. Eine konsequente Ausrichtung einer qualitäts- und verbraucherorientierten Angebotspalette auf die Erfordernisse des Marktes ist Grundvoraussetzung für den Weiterbestand der heimischen Land- und Ernährungswirtschaft. Dort, wo es möglich ist und auf das Interesse der Betriebsleiterin bzw. des Betriebsleiters stößt, sollen alle Möglichkeiten der Einkommensdiversifizierung genutzt und unterstützt werden, beispielsweise in der regional orientierten, ressourcenschonenden Direktvermarktung, Bauernhofcafé bis hin zu Urlaub auf Bauern- und Winzerhöfen.

II. Gemeinsame EU-Agrarpolitik - Halbzeitbewertung 2017

1. Wie steht Ihre Partei zu der auf nationaler Ebene eingeräumten Möglichkeit, bis zu 30 Prozent des Direktzahlungsvolumens für eine erhöhte Förderung der ersten Hektare zu verwenden und damit die kleineren und mittleren Betriebe deutlich besser zu stellen als bisher?
2. Wie steht Ihre Partei zu der auf nationaler Ebene eingeräumten Möglichkeit, bis zu 15 Prozent des Direktzahlungsvolumens von der ersten in die zweite Säule und damit deutlich mehr als bisher umzuschichten?
3. Wie steht Ihre Partei zu Überlegungen die Bezahlung der Direktzahlungen ab 2020 noch stärker an gesellschaftlich für notwendig erachtete Leistungen der Landwirtschaft zu binden?
4. Wie steht Ihre Partei zu Überlegungen, dabei auch den Faktor Arbeitskraft stärker mit zu berücksichtigen?

Forderungen der FDP Rheinland-Pfalz an die GAP 2014 bis 2020 sind:

Die "2 Säulen-Architektur" der GAP bestehend aus einer starken 1. Säule mit dem Ziel der Einkommensstabilisierung und einer 2. Säule als flankierendes Maßnahmenpaket zur Agrarstrukturverbesserung, nachhaltigen Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen und wirtschaftlichen Entwicklung ländlicher Räume ist langfristig, auch nach 2020, zu erhalten.

Eine Erhöhung des Anteils der Ökologischen Vorrangflächen auf 7 v. H. der Ackerflächen im Rahmen des Greenings wird abgelehnt.

Die Junglandwirteförderung im Rahmen der 1. Säule soll auf 75 €/ha LF angehoben werden, Fördervoraussetzung ist unbedingt eine landwirtschaftliche Ausbildung. Die Vereinfachungsinitiative der Europäischen Kommission vom Dezember 2014 wird umfassend unterstützt. Erste Umsetzungsvorschläge sind bereits kurzfristig zu vollziehen.

Die 2. Säule hat mit der 4,5%igen Mittelumschichtung bereits eine starke finanzielle Ausstattung erfahren, die deshalb und weil die Betriebe auf die Direktzahlungen in der verbleibenden Höhe dringend angewiesen sind, mit EU-Mitteln nicht weiter aufzustocken ist. Demgegenüber bedarf es dringend einer inhaltlichen Synchronisation der GAK mit dem ELER.

Die Ausgleichszulage in den benachteiligten Gebieten ist wieder einzuführen. Eine strikte Begrenzung des bürokratischen Aufwandes ist auch in der 2. Säule anzustreben.

Mut, Verlässlichkeit, politische Zuversicht und Planungssicherheit sind mehr denn je erforderlich. Eine finanziell starke GAP ist auch nach 2020 unerlässlich. In Deutschland sollten deshalb nach dem Willen der FDP einheitliche Hektarprämien über die EU-Förderperiode 2012 bis 2020 hinaus gewährt werden, weil die bäuerlichen Betriebe angesichts der real rückläufigen Erzeugerlöhne dringend als Basiseinkommenssicherung darauf angewiesen sind.

Die Marktinstrumente sollten auf ein wirksames und flexibles Sicherheitsnetz beschränkt werden, um die Landwirtschaft gegen Auswirkungen außergewöhnlicher Marktkrisen zu schützen, ohne dauerhaft in das Marktgeschehen einzugreifen.

III. Freihandelsabkommen (Ceta, TTIP u.a.)

1. Wie steht Ihre Partei zu geplanten Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA bzw. auch mit anderen Ländern, welche realistischen Chancen für mehr Marktpotential sieht Ihre Partei dadurch tatsächlich?
2. Kann sich Ihre Partei vorstellen, die Landwirtschaft aus den jeweiligen Verhandlungen auszuklammern?

Die FDP spricht sich für das geplante Freihandelsabkommen aus. Freihandelszonen und Freihandelsabkommen bedeuten mehr Handel und mehr Wachstum bei weniger Handelsbeschränkungen. Darin liegen enorme Chancen für Europa und Deutschland. Der Erfolg dieses Modells ist natürlich von der Umsetzung abhängig. Aus landwirtschaftlichen Erzeugnissen werden schon jetzt hochwertige und innovative Produkte hergestellt, die weltweit eine enorme Nachfrage bedienen.

IV. Agrarpolitische Ansätze auf Bundes- und Länderebene

1. Welche Position nimmt Ihre Partei zur Novellierung der Düngeverordnung ein?

Die Umsetzung der Düngeverordnung soll sich auf die Umsetzung von Vorgaben aus dem europäischen Recht beschränken. Sämtliche darüber hinaus gehende Verschärfungen der EU Vorgaben bringen für unsere Betriebe nur wettbewerbsnachteile und unnötige bürokratische Auflagen. Das lehnen wir strikt ab.

2. Sieht Ihre Partei die Notwendigkeit, beim Kennzeichnungsrecht, insbesondere bei der Herkunftsbezeichnung, dahingehend zu wirken, die Herkunft und Zusammensetzung der Nahrungsmittel durchgängig nachvollziehbar zu machen?

Im Interesse von Landwirten und Verbraucher steht die Erzeugung von qualitativ hochwertigen und rückstandsfreien Nahrungsmitteln im Vordergrund. Irreführende Produktkennzeichnungen, die den mündigen Konsumenten irreführen, lehnen wir ab. Ernährung ist ein zentraler Punkt, wenn es um die Gesundheit und Leistungsfähigkeit unserer Gesellschaft geht. Ernährungsbildung ist daher bereits im frühkindlichen Stadium in Kindergärten und Schulen als feste Unterrichtseinheit zu verankern. Dabei muss Ernährung fernab von Ideologien wissenschaftlich fundiert in das tägliche Leben der Heranwachsenden integriert werden.

3. Das Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft stellte Handlungsbedarf bei der Nutztierhaltung fest. Sieht Ihre Partei Handlungsbedarf im Sinne des Gutachtens, wenn ja, welche Vorstellungen zur Finanzierung des Umbaus der Tierhaltungssysteme hat Ihre Partei?

In der Nutztierhaltung wurden in den letzten Jahren und Jahrzehnten viele Verbesserungen erreicht. Verbesserungen im Bereich des Tierwohls tragen zu Effizienz- und Produktionssteigerungen in der Landwirtschaft bei. Investitionen werden in Rheinland Pfalz überwiegend im Rahmen der Generationenfolge etabliert. Stallneubauten müssen immer nach neuesten wissenschaftlichen

Erkenntnissen geplant und umgesetzt werden. Das ist vom Land Rheinland Pfalz auch entsprechend zu fördern. Um den Betrieben Planungssicherheit zu geben sind die Standards zum Investitionszeitpunkt auch für die Dauer der Investition zu gewährleisten. Weitere freiwillige Maßnahmen zur Erhöhung des Tierwohls in einigen Bereichen sind ohne Vorleistungen seitens der Landwirtschaft bei entsprechender Zahlungsbereitschaft seitens des Handels wünschens- und begrüßenswert.